

Von Freitag bis zum Sonntag treffen sich auf der 53. Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) rund 500 mehr oder minder wichtige Experten im Hotel Bayerischer Hof. Ihnen eilt – bei vielen nicht zu unrecht – der Ruf voraus, Kriegstreiber und schuld am kritischen Zustand der Welt zu sein.

Deutschlands großer Moment

Kontrastlesen zur Sicherheitskonferenz

Was helfen 3,2 Kilo – so viel wiegt der Prachtband – Ratschläge für eine bessere Welt in einer Welt, die so kaputt ist? Er kann anregen über eigene Grenzen hinaus zu denken, um zu handeln.

Von René Heilig

Der Band sei, so schreiben es jene, die ihn vertreiben, eine Pflichtlektüre für alle, die über Deutschlands Grenzen hinaus denken. Das scheint wichtig in einer Zeit, in der Mauern, Zäune und kulturelle Barrieren wieder Aufwertung erfahren. Und was sieht man jenseits unserer Grenzen? Vor allem unglaublich viele ernste Krisen. Und noch mehr Ungewissheiten. Staaten zerfallen oder werden von anderen Staaten zerschlagen. Bislang halbwegs intakte Gesellschaften geben sich auf und versinken in Terror, der zu einer weltweiten Seuche geworden ist und auf den mit Terror geantwortet wird. Volkswirtschaften und Finanzsysteme brechen zusammen, was den Hunger in der Welt verschärft und den nach Bildung noch brutaler unterbindet. Die Umwelt wird gequält, sie antwortet mit Klimaveränderung, die Eiskappen schmelzen, Lebensfelder drohen im Meer zu versinken. Ebola und andere tödliche Seuchen grassieren, ein Großteil der Menschen hat nicht einmal Zugang zu sauberem Wasser.

Zugleich wächst die Gier nach Verschwendung von Ressourcen. Wenige Konzerne und Familien besitzen tausendfach mehr als der übergroße Teil der Menschheit. Wachsende Ungerechtigkeit ist ein Multiplikator und Beschleuniger für Kriege. In immer mehr Regionen der Welt sind die alltäglich. Millionen Menschen, ganze Volksgruppen werden ermordet. Mit alten Gewehren, mit Giftgas und modernsten digitalen Waffen. Der Wert von Religionen und politischen Heilsversprechen schrumpft zur Unkenntlichkeit oder überhöht sich bis zur höchsten Ebene des Wahnsinns.

Auch im Innern der angeblich fortgeschrittenen Länder und Allianzsysteme zeigt sich der Zerfall von Menschlichkeit. Menschen erfrieren vor den Toren von Palästen. Längst haben die apokalyptischen Reiter ihre Rosse gesattelt.

Deutschland soll international mehr Verantwortung übernehmen. Und die, die von Staatswegen Verantwortung tragen für deutsche Politik, sind dazu auch bereit. Gerade in diesen Tagen, da in München wieder eingeladen ist zur Sicherheitskonferenz, erinnert man sich an entsprechende Aussagen des Bundespräsidenten und von deutschen Ministern auf diesem Forum vor drei Jahren.

Mehr Verantwortung übernehmen – an dieser Forderung muss sich die deutsche Politik neu ausrichten. Das verlangen auch jene, die im Widerspruch zur herrschenden deutschen Politik und deren Rolle in den Allianzen wie EU und NATO stehen. Gemeinsam ist allen die Forderung, in einer globalisierten Welt

Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik gemeinsam zu denken und nachhaltig zu gestalten. Doch wie glaubhaft kritisiert man einen neuen machtbesessenen US-Präsidenten, der die Mauer seines Landes wider Nachbarn verstärkt, wenn man doch in Europa selbst Zäune baut und das Mittelmeer als Wohlstandsgrenze definiert, an der tagtäglich Menschen elendig zugrunde gehen? Nur weil sie es gewagt haben, vor Krieg, Terror, Hunger und Bildungsnotstand zu fliehen? Wie glaubhaft vermittelt man den Willen zu nachhaltiger Menschlichkeit, wenn man bereit ist, für Rüstung und Militär zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes auszugeben und für Entwicklungshilfe nicht einmal 0,7 Prozent erreicht?

Das Buch, herausgegeben vom langjährigen Gastgeber der Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, präsentiert Daten und Fakten zur Rolle Deutschlands in der Welt. Tabellen und Karten verlangen intensive Beschäftigung mit dem »Wir«. Noch zwingender ist das bei Autorentexten. Wichtige Köpfe aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Praxis offenbaren zum Teil hochinteressante Handlungsempfehlungen an Regierende und jene, die sie demokratisch gewählt haben oder sie als Ratgeber im Amt begleiten.

Die Herausgeber des Bandes negieren Parteiproporz. Unionspolitiker wie Wolfgang Schäuble oder Volker Kauder argumentieren neben Dietmar Bartsch und Dagmar Enkelmann aus der Linkspartei. SPDler wie Frank-Walter Steinmeier und Kurt Beck, Grüne wie Uschi Eid oder Tom Koenigs bieten ihre Sicht ebenso wie der Liberale Alexander Graf von Lambsdorff. Dazu Bill Gates und zahlreiche Wirtschaftsexperten ...

Man urteile nicht zu rasch, von wegen, dass alles, was diese Typen zu sagen haben, täglich aus der »Tagesschau« rieselt. Einige Autoren, die ernsthaft zur Diskussion bereit sind, würde man arg ungerecht behandeln und sich so selber neue Erkenntnisse verwehren.

Dass Deutschland eine größere Verantwortung in der Welt spielen und dabei »Führungsverantwortung« übernehmen wird, ist für den einstigen UN-Generalsekretär Kofi Annan keine Frage. Er sieht darin die einmalige Chance, an der Gestaltung einer neuen Ära der Globalisierung mitzuwirken, »die auf einem regelbasierten und integrativen System internationaler Beziehungen beruht, in dem Kleine und Große, Starke und Schwache gleichermaßen respektiert werden«. Das, so Annan, sei Deutschlands »großer Moment«.

Wolfgang Ischinger, Dirk Messner (Herausgeber): Deutschlands neue Verantwortung: Die Zukunft der deutschen und europäischen Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik; Hardcover, 432 Seiten, 68 Euro

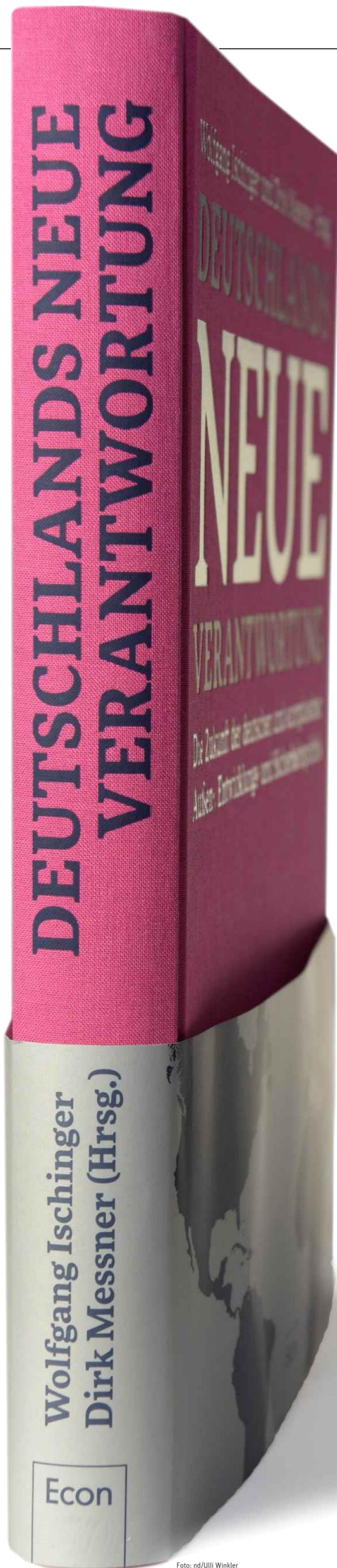


Foto: nd/Ulli Winkler

Aufmarsch der Entscheidungsträger

Friedensaktivisten begleiten die Beratungen mit Protest

Man nennt sie gern »Entscheidungsträger«. Und – schaut man sich das Protokollarische an – einige sind es tatsächlich. Bundeskanzlerin Angela Merkel beispielsweise. Sie wird eine Rede halten. In ihrem Gefolge sind Außenminister Sigmar Gabriel, Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, Bundesinnenminister Thomas de Maizière und Entwicklungshilfeminister Gerd Müller.

Angekündigt haben sich der neue UN-Generalsekretär António Guterres, der Präsident des EU-Rates, Donald Tusk, die Außen- und Sicherheitschefin der EU, Federica Mogherini, und NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Mehrere Staatsoberhäupter, unter anderem aus Polen, der Ukraine und Afghanistan, kommen. Die USA werden vertreten von Vizepräsident Mike Pence. Die norwegische Premierministerin Erna Solberg, der ungarische Premierminister Victor Orbán und sein irakischer Amtskollege Haider al-Abadi haben ihre Teilnahme bestätigt.

Angemeldet haben sich 47 Außenminister. Die von China und Saudi-Arabien werden ebenso erwartet wie die Ressortchefs aus der Türkei und Iran. Dabei sein will der russische Außenminister Sergej Lawrow, ähnlich gespannt ist man auf seine Kollegen aus Frankreich und Großbritannien. US-Verteidigungsminister James Mattis, der gerade seine deutsche Kollegin zu Gast hatte, kommt – wie andere Minister – von einer NATO-Tagung eingeflogen. Mit ihm erscheint Heimatschutzminister John Kelly. Israels Verteidigungsminister Avigdor Liberman hat gebucht. Angekündigt sind Vertreter von Hilfsorganisationen, der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Peter Maurer, und der Exekutivdirektor von Human Rights Watch, Kenneth Roth, sind dabei. Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und zahlreiche Abgeordnete werden als Beobachter dabei sein.

Gastgeber ist erneut Wolfgang Ischinger, der auch Herausgeber des hier vorgestellten Bandes ist. Im Vorfeld der Konferenz hatte er betont: »Die sicherheitspolitische Lage in der Welt ist heute so unbeständig wie wohl zu keinem anderen Zeitpunkt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.« In den letzten zwölf Monaten habe man das Gefühl gehabt, dass mittlerweile die gesamte westliche Ordnung existenziell bedroht werde: von außen durch illiberale Regime, die den internationalen Status quo in Frage stellten; von innen durch eine populistische »Achse der Angst«, die aus den Sorgen der Menschen politischen Kapital schlage. Damit ist gesagt, um wessen Interessen sich die Konferenz vor allem kümmern wird. Es sei wichtig, dass internationale Entscheidungsträger ein Forum finden, »um den größten sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit besser begegnen« zu können.

Auf der Konferenzagenda steht insbesondere die Zukunft der transatlantischen Beziehungen und des NATO-Bündnisses nach der Wahl des neuen US-Präsidenten Donald Trump. Ischinger beklagte, dass es noch immer keine Klarheit über das außenpolitische Konzept der neuen US-Regierung gebe. »Wir wissen nicht, ob sich der Präsident selber mit seinen zum Teil haarsträubenden

Aussagen durchsetzen will und wird«, sagte der frühere deutsche Botschafter in den USA. Es gebe einen »in den vergangenen Jahrzehnten nie dagewesenen Grad der Verunsicherung«. Zugleich warnte der Gastgeber die neue US-Regierung vor einer gezielten Destabilisierung der Europäischen Union. »Das wäre, ohne Waffen, eine Kriegserklärung.« Sollte Trump den Austritt weiterer Länder aus der EU fördern wollen, hielte er dies für den »GAU in den transatlantischen Beziehungen«.

Als weitere Themen aufgerufen sind die EU-Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Ukraine-Krise, die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland, der Krieg in Syrien und die Sicherheitslage in Asien-Pazifik, wobei man das Augenmerk sicher vor allem auf Nordkorea richten wird. Ein zentrales Thema sollen auch die Herausforderungen im globalen Kampf gegen den Terror, der Umgang mit »Information Warfare« sowie Bedrohungen für die globale Gesundheits- und Klimasicherheit sein.

Die, die sich zur Konferenz in München versammeln, seien die Hauptverantwortlichen für das Flüchtlingselend, für Krieg, Armut und ökologische Katastrophen, behaupten jene, die sich bei verschiedenen Veranstaltungen zum Protest versammeln. Man glaubt den »Entscheidungsträgern« nicht, dass es ihnen um die friedliche Lösung von Konflikten und die Sicherheit der Menschheit geht. Wichtig sei ihnen allein die Vorherrschaft des Westens im Interesse von Konzernprofiteuren. Ein Blick auf die lange Sponsorenliste der Sicherheitskonferenz mag als zusätzliches Argument herhalten.

Menschen aus höchst unterschiedlichen Vereinigungen sehen in der NATO ein Kriegsbündnis und eine Bedrohung für die ganze Menschheit. Die Mitgliedsstaaten der Allianz schützten Handelswege statt Menschenrechte, bekämpften die Flüchtenden statt der Fluchtursachen. Sie sichern den Reichtum der Reichen statt Nahrung für alle. Das Völkerrecht werde in Serie gebrochen. Der vorgebliche »Anti«-Terrorkrieg sei nichts anderes als blanker Terror.

Auch jene, die gegen die Konferenz protestieren, debattieren über den Syrienkrieg. Er und das Erstarren des sogenannten Islamischen Staates seien, so die Friedensfreunde, das Ergebnis der von den USA, der NATO, der EU und ihren regionalen Verbündeten betriebenen Politik des »Regime-Change«. Ihre Kriege in Afghanistan, Irak und Libyen und ihre Wirtschaftssanktionen haben diese Staaten zerschlagen und die Lebensgrundlagen der Menschen zerstört. Frieden könne nicht herbeigebombt werden. Es brauche politische Lösungen und lebenswerte Perspektiven für die vom Krieg betroffenen Menschen.

Auch dass die NATO ihr altes Feindbild Russland wieder aufpoliere, ruft Protest hervor. Besonders übel stößt dabei auf, dass Deutschland so engagiert mitmache. Auch dagegen ist Widerstand angesagt. Dass Krieg kein Mittel der Politik sein darf, werden die Aktivisten auf einer friedlichen Kundgebung am Samstag bekräftigen. Auftakt wird um 13 Uhr am Münchner Stachus sein. hei